

4

366/J XX.GP

(1er Abgeordneten Schaffenrath, Motter, Partnerinnen und Partner
an die Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz
betreffend Gleichbehandlungsanwaltschaften

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten besteht angesichts steigender Arbeitslosigkeit gerade für Frauen die Gefahr daß verstärkt Druck durch Diskriminierungen auf sie ausgeübt wird mit dem Ziel sie aus dem Arbeitsmarkt zu verdrängen. Deshalb ist sehr zu begrüßen daß es im Herbst 1998 endlich auch in Innsbruck zur Errichtung einer Gleichbehandlungsanwaltschaft die für Westösterreich tätig werden soll kommt. Die Einrichtung dieses Regionalbüros mit einer Regionalanwältin und einer Sekretärin sowie einer Koordinationsstelle bei der Anwältin für Gleichbehandlungsfragen ist mit Kosten von 3 431 000 S verbunden. Wenn in diesem Regionalbüro zusätzlich eine Stellvertreterin der Regionalanwältin vorgesehen wird, würden sich die Kosten auf 4 690 00 S belaufen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

ANFRAGE

1. Ist für die Gleichbehandlungsanwaltschaft in Innsbruck die Stelle einer Stellvertreterin der Gleichbehandlungsanwältin geplant?

2. Wie hoch sind die Kosten für Personalausgaben für das Regionalbüro in Innsbruck, die für das Budgetjahr 1999 veranschlagt wurden?

3. Wie hoch sind die Kosten für Sachkosten für das Regionalbüro in Innsbruck, die für das Budgetjahr 1999 veranschlagt wurden?

4. Wann planen Sie die Regionalisierung der Gleichbehandlungsanwaltschaften fortzuführen, damit es möglichst bald in allen Bundesländern Gleichbehandlungsanwältinnen gibt?

5. Wie hoch wären die Kosten für eine österreichweite Versorgung mit Regionalbüros in allen Bundesländern?